

Geld-, Finanz- und Strukturreformen

Seit Jahrzehnten kämpfen engagierte ZeitgenossInnen für eine gerechtere, solidarischere, ökologischere, friedlichere, krisenresistentere und/oder demokratischere Welt – regelmässig ohne (grossen) Erfolg. Ein Beitrag zu Verteilungs- und Zuteilungsfragen aus Sicht der 'Monetative'. Werner Kallenberger

Am Tag der Arbeit fragen sich viele, was bringen uns überhaupt noch Demonstrationen oder Initiativen? Wenn die Hoffnung zuletzt stirbt, dann müssen wir weiter kämpfen. Das will auch unsere Gruppe von Idealisten aus unterschiedlichen politischen Richtungen (AL, GP, SP, EVP, FDP, SVP), NGO und Parteilosen, welche alle in der heutigen Geld- und Finanzordnung ein wesentliches Element unserer Gesellschaftskrise sehen, das es zu sanieren gilt, ohne zu behaupten, damit alle Probleme lösen zu können.

Wir planen eine Vollgeld-Reform, das heisst eine Initiative, welche eine für Geldfragen (moneta) unabhängige vierte Instanz schaffen möchte, um die im Art. 99 BV festgehaltene Geldhoheit des Bundes durchzusetzen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) erhielt ausdrücklich die Kompetenz, auch Buchgeld, das bisher durch die Banken privat über Kreditvergabe geschöpft wurde, als Zentralbankgeld (M1) zu schaffen. Das scheint

ein nur finanztechnokratisches Anliegen zu sein, ist es aber nicht. Wenn circa 90 Prozent des umlaufenden Geldes von profitorientierten Instituten geschaffen und auch gleich in die lukrativsten, weil spekulativsten Anlagen gelenkt wird, hat das die bekannten verheerenden Folgen.

Verein und Mitglieder

Unser Verein Monetäre Modernisierung (MoMo), der vor einem Jahr an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Winterthur gegründet wurde und dort eine gut besuchte 1. Hochschultagung durchführte, wird am 1./2. Juni an der Uni Zürich seine 2. Tagung mit ausgewiesenen Fachleuten unter dem Titel «Vollgeldreform oder Systemkrise? Wie Staatsschulden abgebaut und Finanzkrisen verhindert werden können» anbieten. Auch diese Tagung ist wieder kostenlos. Interessierte können sich auf unserer Website laufend informieren.

Dort finden sich auch Literaturangaben, insbesondere zu Joseph Huber, «Monetäre Modernisierung», metropolis, Marburg 2010. Huber ist in Deutschland der wichtigste Vertreter der Vollgeld-Idee (siehe Wikipedia-Eintrag). Zudem ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von MoMo. Die Referate zur Vollgeldreform von Huber und seinen Beiratskollegen Hans Christoph Binswanger und Philippe Mastronardi (beide emeritierte Professoren der Uni St. Gallen) sind in der Edition Zeitpunkt 2012 als Buch herausgegeben worden. In England und den USA ist Vollgeld teils unter dem Namen 100%-Money bekannt, was in der deutschen Literatur aber nicht genau dasselbe meint. Wer sich darin vertiefen will, sei auf die Internetseiten positivemoney.org.uk und monetary.org verwiesen. Bernd Senf ist ein weiterer Hochschullehrer, der aus Sicht der Freigeldtheorie am 22. März in Zürich vor rund 250 Interessierten aus alternativen Kreisen zur Geldschöp-

fung, Finanzkrise und Zinssystem referierte (www.berndsenf.de). Er kritisierte vor allem das Zinssystem, welches zu unhaltbaren Verschuldungen führt.

Schräge Verteilung

Dass unser heutiges Finanzsystem in einer permanenten Krise steckt, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Seit 2008 trauen sich die grossen Geldinstitute gegenseitig nicht mehr und vergeben auch – trotz massiver Geldzufuhr der Zentral- beziehungsweise Nationalbanken – nur noch sehr restriktiv Kredite an KMU. Die Realwirtschaft leidet somit an verweigerten Kreditzusagen und die Geldwirtschaft schwimmt in nicht angelegten Milliardenbeträgen. Zugleich sind infolge der neoliberalen Politik weltweit die Steuern für Unternehmen und reiche Privatpersonen massiv gesunken, was logischerweise zu Steueraus-

bitte umblättern

fällen und zu weiteren Staatsverschuldungen führte. Bürgerliche Medien und Politiker behaupten aber weiter, dass primär gespart werden müsse, so vor allem im Sozial- und Gesundheitssektor sowie in der Finanzierung der öffentlichen Infrastrukturen. Wohin diese Entwicklung führt, sieht man zum Beispiel deutlich in England, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland. Diese Länder werden zunehmend desindustrialisiert, privatisiert und verschuldet. In England floriert nur noch die Finanzindustrie. Deutschland als reichstes EU-Land ist mit über zwei Billionen Euro verschuldet. Der 2011 geschätzten, externen Staatsverschuldung der wirtschaftlich mächtigsten OECD-Länder von circa 60 Billionen Dollar standen notwendigerweise entsprechende Guthaben, bzw. ausstehende Kredite (Buch- beziehungsweise Giralgelder) von Geschäftsbanken und reichen Kreditgebern gegenüber. Diese triviale ökonomische Erkenntnis wird aber in den bürgerlichen Medien bewusst (oder ignorant?) verschwiegen. Selbst die Bank für Internationalen Zahlungsverkehr (BIZ, www.bis.org) weiss nicht genau (oder will es selbst auf Anfrage nicht publizieren), wie hoch

die Geldmenge der wichtigsten Währungen weltweit ist. Ich nehme nun einmal an, dass die weltweiten Geldmengen umgerechnet mindestens 600 Billionen Dollar betragen. Gemäss Wikipedia lag das Welt-Bruttoinlandprodukt 2007 bei 54,3 Billionen Dollar (neuere Zahlen sind angeblich nicht bekannt). Diese Diskrepanz zeigt, dass weltweit die National- und Zentralbanken mit ihrem geschätzten Notenbankgeld von circa 55 Billionen Dollar nur maximal einen Zehntel der gesamten Geldmenge kontrollieren können. In der Schweiz betragen gemäss Angaben der Nationalbank im März 2012 die Notenbankgeldmenge 54 789 Millionen, die Sichteinlagen 294 571 Millionen, die Einlagen auf Transaktionskonti 132 596 Millionen, die Spareinlagen 256 311 Millionen, die Termineinlagen 45 765 Millionen Schweizer Franken. Die gesamte Geldmenge (M3) belief sich somit auf 784 032 Millionen Franken, das heisst gut 14-mal mehr als der Bargeldumlauf. Auch hier zeigt sich deutlich, dass die SNB nur einen Bruchteil der gesamten Geldmenge (inklusive Buchgeld) bestimmen kann. Es braucht somit zwingend eine Vollgeldreform, die der SNB auch eine effektive

Kontrolle über die Buchgelder beziehungsweise deren Geldschöpfung bringt.

Zwei Initiativvarianten

Was könnte nun eine Vollgeldreform zu einer gerechteren und effizienteren Finanzordnung beitragen? Im Wesentlichen hängt dies vom noch definitiv zu beschliessenden Verfassungstext und der entsprechenden Vollzugs-Gesetzgebung ab. Wir sind uns im Moment noch nicht einig, ob wir uns nur auf folgende einfache Erweiterung von Art. 99 Abs. 1 BV konzentrieren sollen: «Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes, diesem (bzw. der Nationalbank) steht allein das Recht zur Ausgabe von Münzen, Banknoten und (jetzt neu) Buchgeld zu.» Diese offene Formulierung überliesse dem Gesetzgeber weitgehend die konkrete Geld- und separate Kreditgebung der Banken.

Eine umfassendere Initiative würde dem Bund beziehungsweise der Nationalbank auch die Kompetenz zur Regelung der Finanz- und Kreditbeschaffung als «Service public» zugestehen. Diese (ursprüngliche) Version würde die Tätigkeit der Geschäftsbanken im Wesentlichen auf den Zahlungsverkehr und die Ver-

mittlung von Bankgeschäften beschränken und damit deren Geld-, Profit- und Spekulations-Macht entschärfen. Wir sind uns bewusst, dass erst diese Version zusammen mit einer konsequenten Finanz- und koordinierten Steuerpolitik zu einer wirklich fundamentalen Veränderung unserer heutigen auch zinsabhängigen Finanzordnung führen könnte.

Damit stellt sich auch die eingangs gestellte Frage nach der Macht der Zu- und Verteilung unserer gesellschaftlichen Ressourcen neu. Wenn heute im Kanton Zürich ein Prozent der Reichsten gleich viel Vermögen besitzt wie der Rest, dann befinden wir uns ökonomisch in einer feudalistischen Welt (Hans Kissling, «Reichtum ohne Leistung»). Die Mehrheit der Stimmbürger wähnt sich aber in einer Demokratie, wo jede Stimme gleich viel zählt. Diese mentale Fiktion und permanente Manipulation muss zuerst überwunden werden. Dazu braucht es einen langen, historischen Aufklärungsprozess. Machen wir uns an die Arbeit und überlassen wir nicht weiterhin den bürgerlichen Ideologieproduzenten und Manipulatoren kampflos die immer wichtiger werdende nationale und internationale Geld- und Finanzordnung.

Werner Kallenberger ist Vizepräsident MoMo